

CHANCEN DER ENERGIE- UND KLIMASCHUTZPOLITIK IN BAYERN MÜSSEN GENUTZT WERDEN.

Nach Abschluss der Arbeitsgruppensitzungen im bayerischen Energiedialog zieht der BUND Naturschutz Bilanz und stellt seine Kernforderungen an eine zukunftsfähige Energiepolitik in Bayern vor.

Es gab vier Arbeitsgruppen, die 4 - 5 Mal tagten, mit jeweils 50 – 80 Vertretern und Vertreterinnen von Verbänden, Bürgerinitiativen und Ämtern. Es gab zahlreiche Präsentationen, Darstellung von Positionen, viel Kritik, aber was es nicht gab, war ein zielgerichteter Dialog. Initiativen und Konzepte wurde ausführlich von verschiedenen Interessengruppen zerredet.

So bleiben denn nach dem Energiedialog die wesentlichen Fragen weiterhin offen. Es soll nur noch eine neue Stromtrasse nach Bayern führen - dafür soll die Thüringer Strombrücke Braunkohlestrom nach Bayern liefern. Die „Stromlücke“ durch das Abschalten der Atomkraftwerke wurde nur halb und zum großen Teil mit Braunkohlestrom gefüllt. Das Konzept der Versorgungssicherheit beruht auf zwei Großkraftwerken, deren Realisierung unsicher ist. Für die Windenergie wurden keine neuen Impulse gegeben. Bayern soll dauerhaft passives Stromimport und –transitland werden. Besonders zu kritisieren und zu bedauern ist, dass Lösungen, die auf den Energieeinspar- und erzeugungspotentialen im Land selbst beruhen, praktisch nicht weiter verfolgt wurden. Die Staatsregierung gibt somit die Verantwortung ab an die Politik in Berlin und unterstützt dort die Vorgaben, die wiederum der Energiewende in Bayern schaden.

Fast drei Jahre nach der Katastrophe von Fukushima gibt es damit kein tragfähiges Energiewendekonzept der Bayerischen Staatsregierung. Nachdem nun gerichtlich bestätigt ist, dass das Atommüll-Zwischenlager in Brunsbüttel nicht mehr legal ist, bedeutet dies, dass auch die Zwischenlager in Bayern nicht mehr als Entsorgungsnachweis für den Weiterbetrieb dienen können. Der Atomausstieg kann und muss daher so schnell wie möglich kommen. Es wird zudem immer dringlicher, schnell wirksame Maßnahmen für den Klimaschutz umzusetzen. Und nicht zuletzt gilt es die Energiewende sozial verträglich umzusetzen.

Zu alledem hat der Energiedialog leider keine tragfähige Lösung und keinen Konsens gebracht. Der Vorschlag des BUND Naturschutz hingegen erfüllt alle Anforderungen, beruht auf realen Potentialen und kann mit der Motivation und dem Fachwissen von Akteuren in Bayern umgesetzt werden. Das Konzept des BUND Naturschutz erhält Zuspruch von Bürgerenergiegesellschaften, Bürgerinitiativen und Öko-Stromanbietern. Das Konzept des BUND Naturschutz wird hiermit einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt.

„Aktive Energiewende in Bayern“, ein Aktionsprogramm mit drei Kernpunkten

1.

An erster Stelle muss immer die **Einsparung von Energie, hier Strom**, stehen. Energiewende sollte das Ende von Verschwendung sein. Stromsparen ist kostengünstig, ob im Haushalt oder in der Industrie. Es geht um besseren Komfort wie auch um den Einsatz von Spitzentechnologie. Tausende

von Elektrohandwerken, Händlern, Ingenieurbüros und Energieagenturen warten nur darauf, effiziente Beleuchtung, Pumpen, Geräte zu installieren. Für Stromverbraucher wird in jedem Fall die Stromrechnung dauerhaft gesenkt. Der BUND Naturschutz setzt daher auf eine intensive Fortsetzung des 12-Punkte Programms Stromsparen, dass er mit der Staatsregierung vereinbart hatte: 20 Prozent Stromsparen bis zum Jahr 2020. Mit Stromsparen kann etwa ein Drittel der „Stromlücke“ (2 Gigawatt elektrischer Leistung und 13 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr) umweltfreundlich gefüllt werden. Und für den Strom, den man nicht verbraucht, werden keine neuen Stromleitungen benötigt.

2.

An zweiter Stelle steht die **Erzeugung von Strom in Bayern**. Der BUND Naturschutz strebt hier einen Ausbau von Anlagen der **Kraft-Wärme-Kopplung** an. Kraft-Wärme-Kopplung, das sind kleine Blockheizkraftwerke, das sind Stromgeneratoren in Krankenhäusern, Brauereien, öffentlichen Gebäuden, Industrie oder Heizkraftwerke mit Fernwärme, bei denen Strom und Wärme gemeinsam effizient genutzt wird. Wie schon erfolgreich in Dänemark praktiziert, können diese gezielt gesteuert betrieben werden, wenn es Flauten vor allem beim Windstrom gibt. Anstelle naturschädlicher Pumpspeicherseen stehen hier Wärmespeicher in den Kellern der Gebäude. Strom-geführte Kraft-Wärme-Kopplung mit Wärmespeichern liefert Sicherheit der Stromversorgung verbunden mit Sicherheit der Wärmeversorgung.

Der zusätzliche Bedarf an Erdgas kann durch Verbindung mit der ohnehin anstehenden Sanierung von Gebäuden gedeckt werden. Auch können bestehende Biogas-Anlagen mit Gasspeicher für Spitzenbedarf umgerüstet werden, wie dies die Staatsregierung Bayern bereits im Bayernplan Biogas in 2012 diskutiert hatte. Längerfristig kann Windstrom aus dem Norden über die Umwandlung mit „Power to Gas“ in bestehenden Gasleitungen und Gasspeichern die Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen in Bayern mit erneuerbarer Energie versorgen.

Ziel des BUND Naturschutz ist es, gemeinsam mit den Kaminkehrern und dem Heizungshandwerk zu prüfen, welche 10.000 von über 60.000 großen Heizungsanlagen am besten für den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung-Anlagen geeignet sind. Die Bayerische Staatsregierung wird vom BUND Naturschutz aufgefordert, sich nun bei der Reform des Kraft-Wärme-Kopplung-Gesetzes intensiv für deren Ausbau einzusetzen. Der BUND Naturschutz fordern die Staatsregierung auf, eine Bundesratsinitiative einzubringen, damit unsinnige Belastung von selbst genutztem Kraft-Wärme-Kopplung-Strom mit der Erneuerbare-Energien-Gesetz-Umlage gestrichen wird. Gerade im Wohnungsbau sollte Kraft-Wärme-Kopplungs-Strom an die Mieter ohne Auflagen kostengünstig verkauft werden. Bayern müsste nur Dinge übernehmen, die es in anderen Städten schon gibt, einige Hemmnisse wegräumen und dem Handwerk den Weg frei machen. Positiv ist, dass z. B. große Stadtwerke und Städte, wie die N-Ergie in Nürnberg, Hersteller von Blockheizkraftwerken wie z.B. in Schweinfurt und Ökostromanbieter dies ähnlich bewerten.

3.

An dritter Stelle, steht der weitere Ausbau der Stromerzeugung mit **Erneuerbare-Energien** in Bayern. Vor allem muss die **Windenergie** weiter ausgebaut werden. Windenergie kann naturverträglich geplant werden, allerdings ist hierzu eine übergreifende Regionalplanung erforderlich. Die „10H-Regelung“ hingegen führt zu Kleinstaaterei, zu unnötigem Streit und Konkurrenzen zwischen

Kommunen und widerspricht allen übergeordneten Zielen einer umweltorientierten Raumordnung. Den Kommunen, Bürgern und ihren Genossenschaften werden Investitions- und Verdienstmöglichkeiten genommen, Stromkunden können den kostengünstigen Windstrom nicht nutzen. Während in Hessen das Ziel 2 Prozent der Landesfläche für Windenergie in Planung ist, sollte in Bayern zumindest ein Anteil von 1 Prozent beplant werden. Mit 2500 neuen Windkraftanlagen können im Jahr ca. 17 Milliarden Kilowattstunden Strom aus einer Gesamtleistung von 7 Gigawatt erzeugt werden. Wenn der Wind nicht wehen sollte, dann wird dieser durch Strom aus Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen oder größeren Heizkraftwerken ergänzt, wenn diese Strom-geführt mit Wärmespeichern gefahren werden.

Fazit

Der BUND Naturschutz hat wohl als einziger Teilnehmer die Fragen der Staatsregierung ernst genommen und ein konsistentes und zukunftsfähiges Konzept vorgelegt.

Das Konzept des **BUND Naturschutz** zeigt, dass Abschalten von Atomkraft keine Probleme bei der Versorgungssicherheit bedeutet, eher eine höhere Absicherung durch eine Vielzahl steuerbarer Anlagen in Bayern. Bayern kann so einen großen Beitrag zum Klimaschutz leisten, Strom sparen, Heizenergie sparen, Windenergie ausbauen. Und die Energiekosten müssen nicht steigen, die Umweltschadenskosten, die ja auf keiner Energierechnung stehen, sinken gewaltig.

Nun müssen alle diejenigen zusammenarbeiten, die ein solches Konzept nicht nur unterstützen wollen, sondern auch konkret mit der Umsetzung beginnen wollen. Hersteller und Handwerk, Energieberater und Agenturen, Städte und Stadtwerke, Gewerkschaften und Selbstständige, Bürgerenergiegemeinschaften und Ökostromanbieter. Die Zeit drängt, die Chancen sind da, den Worten müssen nun Taten folgen.

Ein „halbes“ Konzept mit „ein Kraftwerk kommt“ und „eine Leitung kommt“ täuscht die Öffentlichkeit. Mit einem solchen „halbes“ Konzept ist die absehbare und gewünschte Stromlücke durch Abschalten der Atomkraftwerke nur rechnerisch zur Hälfte gefüllt und dies vor allem mit dem Import von Braunkohlestrom aus Sachsen. Bayern als Stromimport und –transitstrecke für den internationalen Stromhandel von Großkonzernen und Investmentfirmen zwischen Norwegen und Italien. Das kann aus Sicht des BUND Naturschutz nicht das Ergebnis des Energiedialogs sein, dann wäre der „Dialog“ gescheitert! Das kann kein Zukunftskonzept für Bayern sein.

Die Energiekosten werden nicht gesenkt, die Abhängigkeiten steigen und das Handwerk und Hersteller von Energiewendetechniken bleiben in Ruhestellung. Das ist eine Energiepolitik, die mit hunderten von Kilometern Stromtrassen im wahrsten Sinn über die Köpfe der Menschen hinweggeht. Der BUND Naturschutz setzt auf die konkreten Taten der Akteure in Bayern, die nur darauf warten, ihre Fähigkeiten und Angebote zu realisieren.

Tatsächlich ist fraglich, ob die als „Rückgrat der Energiewende“ gepriesenen Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen wie „Gleichstrom Süd Ost“ aber auch „SÜDLINK“ denn überhaupt wirklich benötigt werden. Im neuesten Szenariorahmen 2025 der Bundesnetzagentur vom Dezember 2014 ist die Offshore-Windleistung von 14 - 18 auf nur 10 Gigawatt herabgesetzt worden. Man fragt sich daher, wozu Leitungen von 2 - 4 Gigawatt noch benötigt werden sollte, wenn der

Bedarf hierzu nun nicht mehr angesetzt wird. Hier ist tatsächlich „die Geschäftsgrundlage“ für die Planung der „SÜDLINK“ entfallen. Tatsächlich wird die Stromnetzplanung zunehmend widersprüchlich und inkonsistent.

Wenn nun die Staatsregierung Bayerns davon spricht, sie wolle nach Berlin fahren um dies bereden, täuscht dies über die Realität hinweg, denn der Bau der neuen Leitungen ist derzeit Gesetz. Bayern müsste nun konkret eine Bundesratsinitiative gegen den Bundesbedarfsplan einreichen und wie der BUND Naturschutz einen Neustart der Stromnetzplanung einfordern, mit Strategischer Umweltprüfung des deutschen Energiekonzept, nach EU-Richtlinie, in der auch eine transparente Alternativenprüfung erfolgen muss. Alles andere ist nur politische Kosmetik und Irreführung.

Für Rückfragen:

Dr. Werner Neumann, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, werner.neumann@bund.net
Dr. Herbert Barthel, Referent für Energie und Klimaschutz, Tel: 0151-5048-9963

